



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

Unterbezirk Bremen-Stadt

UB-Parteitag, 02. Juli 2022

Beschlussübersicht:

- A27 Kaufkraft kleiner und mittlerer Einkommen durch sozial gerechte Entlastungsmaßnahmen erhalten**
Antragstellend: Unterbezirksvorstand
- A29 Kein Kind zurücklassen – Sofortmaßnahmen gegen die Betreuungslücke ergreifen!**
Antragstellend: Unterbezirksvorstand
- A30 Wohnortnahe und hochwertige medizinische Versorgung in Bremen gewährleisten, Zukunft der Gesundheit Nord in städtischer Hand und mit Tarifbindung sichern!**
Antragstellend: Unterbezirksvorstand & OV Habenhausen-Arsten
- A31 Fahrradpremiumroute (Abschnitt in Gröpelingen) über den Mählandsweg**
Antragstellend: OV Gröpelingen
- A32 Kostenlose Hygiene-Artikel für Schülerinnen im Land Bremen!**
Antragstellend: AG AsF
- A34 Bremen als Modellkommune für Gendermedizin**
Antragstellend: AG AsF
- A36 Pflegende Erwerbstätige unterstützen – Diskriminierung verhindern**
Antragstellend: AG AsF

- A37 Anerkennung der traditionell ausgebildeten Hebammen gewährleisten**
Antragstellend: AG AsF
- A38 Pflege: Genug geklatscht – wir werden handeln**
Antragstellend: AG AsF & ASG Landesarbeitsgemeinschaft
- A39 Diskriminierung von Fürsorgeleistenden im AGG berücksichtigen**
Antragstellend: AG AsF
- A40 Mindestabstände vereinheitlichen – Standards setzen.**
Antragstellend: OV Arbergen/ Mahndorf
- A41 Export Plastikmüll verbieten**
Antragstellend: OV Borgfeld/ Lehesterdeich
- A42 Schieneninfrastruktur und Schienenverkehr in der Region Bremen zugunsten von Menschen, Klima und Wirtschaft ausbauen**
Antragstellend: AK KuNaWi
- A43 Wärmewende mit Nahwärme in genossenschaftlicher oder kommunaler Trägerschaft fördern und entwickeln**
Antragstellend: AK KuNaWi
- A44 Klimapolitik – Verantwortung und Vorbildfunktion der SPD**
Antragstellend: AK KuNaWi
- A46 „Bremen anders erleben“ Alle Wohnstraßen für Straßenfeste, Nachbarschaftsschnack, Flohmärkte, Sport auf der Straße etc. freigeben**
Antragstellend: OV Schwachhausen-Nord

ÜBERWEISUNG AN DEN UNTERBEZIRKSVORSTAND:

A33 Digitalisierung für die Arbeit der Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise nutzbar machen

Antragstellend: AG AsF

ÜBERWEISUNG AN DIE BÜRGERSCHAFTSFRAKTION:

A35 Neues Verfahren für die Einladung zum Brustkrebs-Screening einführen

Antragstellend: AG AsF

A45 Flächendeckende Einführung des Faches Informatik an den weiterführenden Schulen im Land Bremen

Antragstellend: OV Kattenturm-Kattenesch

Kaufkraft kleiner und mittlerer Einkommen durch sozial gerechte Entlastungsmaßnahmen erhalten

Die derzeit stark anziehenden Verbraucherpreise werden sich absehbar nicht entspannen. Dieser Umstand macht, anschließend an das aktuell wirkende Entlastungspaket, mittelfristige Entlastungsmaßnahmen für kleine und mittlere Einkommen erforderlich. Die SPD Bremen-Stadt spricht sich dabei für folgende Maßnahmen aus:

1. Die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro zum 1. Oktober 2022 ist ein verdienter Lohnsprung für Millionen Arbeitnehmer:innen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Verbraucherpreissteigerungen kann die nächste Erhöhung aber nicht erst 2024 erfolgen, wie seinerzeit vereinbart. Sie muss auf 2023 vorgezogen werden. Bei einer Orientierung an aktuellen Tarifabschlüssen durch die Mindestlohnkommission ist ein Mindestlohn von rund 13 Euro zu erwarten und angemessen. Ebenso ist die Mindestauszubildendenvergütung anzupassen.
2. Die Regelsätze sind noch in diesem Jahr an die gestiegenen Verbraucherpreise anzupassen. Der Satz für Stromkosten ist bereits vor den aktuellen Preissteigerungen strukturell zu niedrig gewesen und muss daher strukturell angehoben werden. Im Rahmen des Bezugs von Grundsicherung und Arbeitslosengeld II sollten zudem zeitnah Zuschüsse für den Austausch ineffizienter Elektrogeräte, insbesondere Durchlauferhitzer, gewährt werden. Gleiches ist für das BAföG und BAB erforderlich.
3. Wir bitten den Senat dafür zu sorgen, dass auch die Honorarsätze, wie z.B. für Lehrbeauftragte an Hochschulen oder Dozent*innen bei Weiterbildungsträgern entsprechend erhöht werden.

4. Die steigende CO2-Steuer soll ab 2023 für ein sozial gestaffeltes Energiegeld verwendet werden. Davon sollen alle Haushalte profitieren, anders als beim einmaligen Energiegeld also auch Studierende und Rentner:innen.
5. Die im Koalitionsvertrag vereinbarte Kindergrundsicherung ist eine gewaltige, dauerhafte Entlastung von Familien vor allem mit kleineren Einkommen. Sie muss zügig eingeführt werden.
6. Angesichts der Ankündigung der Vonovia, inflationsbedingt zusätzliche Mieterhöhungen vorzunehmen und der ohnehin außerordentlichen Belastung von Mietern und Mieterinnen, fordern wir ein Moratorium für Mietpreise. Dieses soll Mieterhöhungen für die kommenden 5 Jahre gesetzlich untersagen. Außerdem fordern wir ein dauerhaftes Verbot von Index-Mieten. Der Parteitag erinnert daran, dass ein durchschnittlicher Vonovia-Mieter schon heute 190 Euro seiner monatlichen Miete nur für die Dividende der Vonovia-Aktionäre aufwenden muss und die Vonovia daher mehr als genügend Spielraum für stabile Mieten besitzt.
7. Es sollen 2-3 geeignete Plattformen für Fahrgemeinschaften in Abstimmung mit den Arbeitnehmervertretungen, den Umlandgemeinden und dem Kommunalverbund bekannt gemacht werden. Außerdem soll darauf hingewirkt werden, dass auch Arbeitgeber*innen Fahrgemeinschaften (z.B.: durch bevorrechtigtes Parken auf dem Betriebsgelände) auf geeignete Weise unterstützen. Dadurch können Pendler*innen ihre Fahrtkosten deutlich reduzieren und gleichzeitig einen Beitrag zur Energieeinsparung leisten.
8. Der Andrang auf das 9-Euro-Ticket belegt, dass ein günstigerer Nah- und Regionalverkehr von den Menschen massiv nachgefragt wird. Für das 9-Euro-Ticket muss eine Anschlusslösung von Bund und Ländern gefunden werden. Der Bund kann durch eine Übernahme der Kosten für die Ticketpreissenkung Kapazitäten

bei den Ländern für einen Angebotsausbau freisetzen, wie wir ihn für Bremen mit dem Bremen-Ticket (fahrscheinfreier Nahverkehr für Bremen) vorschlagen. In der Übergangszeit kann ein bundesweites 365-Euro-Jahresticket, wie von der SPD-Bürgerschaftsfraktion vorgeschlagen, dazu beitragen, dass Menschen sich langfristiger an die öffentlichen Verkehrsmittel binden.

55

9. Es ist auf Maßnahmen zu verzichten, die trotz hohen Mittelaufwands hohe Einkommen überproportional begünstigen oder von Unternehmen aufgrund ihrer Marktmacht nicht weitergegeben werden. Dazu zählt der aus unserer Sicht gescheiterte Tankrabatt ebenso wie die Erhöhung von persönlichen Steuerfreibeträgen, von denen hohe Einkommen am stärksten profitieren. Entlastungen bei direkten Steuern auf Grundbedarfe (z.B. ein Aussetzen der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel und Hygieneartikel) ebenso wie Direktzahlungen entlasten gezielter kleine und mittlere Einkommen. So erhöht etwa ein Kinderbonus direkt die Kaufkraft von Familien mit kleinen und mittleren Einkommen, während von einer Erhöhung des Kinderfreibetrages Familien mit hohen Einkommen am stärksten profitieren.

60

65

10. Die Bremer Wohnbehörde muss die pünktliche Auszahlung des Heizkostenzuschusses beim Wohngeld für heutige Empfänger:innen ebenso wie für Antragsteller:innen sicherstellen, die noch auf einen Bescheid warten. Die Behörde muss den Bearbeitungsrückstand abbauen und nötigenfalls rückwirkende Zahlungen vornehmen, damit niemand aufgrund des Bearbeitungsrückstandes leer ausgeht.

70

11. Die Preissteigerungen im Energiesektor kann nicht nur durch Kompensationen aus dem Steuertopf, sondern muss auch durch Regulierung der Energielieferanten aufgefangen werden. Wir unterstützen die Forderung der IG Metall nach einem Preisdeckel auf Heizgas für den Basisverbrauch von Haushalten. Am Kraft-

75

stoffmarkt ist unübersehbar, dass der Wettbewerb derzeit nicht funktioniert. Das Bundeskartellamt muss diesen durch geeignete Maßnahmen wiederherstellen, für eine Übergangszeit kann eine staatliche Preisdeckelung von Kraftstoffen in Abhängigkeit vom jeweils aktuellen Weltmarktpreis für sofortige Linderung sorgen.

80

12. Zum Schutz vor explodierenden Nebenkosten fordern wir ein Kündigungsverbot aufgrund von Nachzahlungsforderungen, sowie ein befristetes Aussetzen der Umlagefähigkeit von Dienstleistungen im Auftrag des Vermieters.

85

13. Der Parteitag unterstützt Forderungen nach Einführung einer Übergewinnsteuer in Deutschland. Zur Linderung der Preissteigerung wendet der Staat Milliarden auf, gleichzeitig werden in einzelnen Branchen leistungslose kriegsbedingte Zufallsgewinne eingefahren werden. Es ist ein Gebot der Leistungsgerechtigkeit, dass diese Übergewinne gesondert besteuert werden, um die Finanzierung von Entlastungsmaßnahmen für diejenigen zu ermöglichen, die nicht von Krisengewinnen profitieren, sondern an Krisenverlusten leiden.

90

14. Eine Anhebung des Leitzinsniveaus ist aktuell keine geeignete Maßnahme zur Inflationsbekämpfung. Ursache der Preissteigerungen sind Störungen in den weltwirtschaftlichen Abläufen und nicht etwa eine überhitzte Konjunktur. In der aktuellen wirtschaftlichen Lage würde eine drastische Leitzinsanhebung Europa in eine Rezession führen und die Kaufkraft der Beschäftigten durch steigende Arbeitslosigkeit schädigen.

95

15. Von den steigenden Preisen für fossile Energien werden Verbraucher:innen auch deshalb so hart getroffen, weil der Ausbau der erneuerbaren Energien zu langsam vorankam. Die Bundesregierung und – soweit es die Landesbauordnung sowie die Durchführung von Genehmigungsverfahren betrifft auch der Senat und die Bürgerschaft – mögen zügig Verfahrensvereinfachungen für den

100

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 02. Juli 2022	2022	A27
--	-------------	------------

105 Ausbau von Windenergie an Land und auf See, von Photovoltaik, von Nah- und Fernwärmenetzen voranbringen. Da auch der Fachkräftemangel den Ausbau bremst, müssen Bund und Land eine Qualifizierungsoffensive auflegen, wie sie etwa der UB-Parteitag in seinem Beschluss vom April 2022 näher vorgeschlagen hat.

110 16. Steigende Löhne sind das Instrument um steigende Preise zu kompensieren. Deswegen müssen wir politisch auf höhere Tarifabschlüsse hinarbeiten und diese nicht verhindern.

Kein Kind zurücklassen – Sofortmaßnahmen gegen die Betreuungslücke ergreifen!

Die weiter steigende Nachfrage von Eltern nach Angeboten der Kindertagesbetreuung ist aus Sicht der Bremer SPD eine erfreuliche gesellschaftliche Entwicklung im Sinne der frühkindlichen Bildung und der Gleichstellung. Gleichzeitig müssen wir feststellen, dass der rapide Ausbau der Kindertagesbetreuung in Bremen in den letzten Jahren immer noch nicht ausreicht, die Bedarfe aller Kinder und Eltern zu erfüllen.

Unser Ziel ist es, allen Kindern, bevor sie in die Schule kommen, einen Platz anbieten zu können. Dafür ist es zuallererst notwendig, bei den Ausbauzielen wirklich alle Kinder, die noch nicht zur Schule gehen, in den Blick zu nehmen und dementsprechend die ehrgeizigen Ausbauziele nochmals deutlich zu steigern. Bei einem derzeitigen durchschnittlichen Schuleintrittsalter von sechs Jahren und acht Monaten müssen wir in die Zielplanungen auch die über Sechsjährigen einbeziehen, damit nicht schon defizitär geplant wird. Demnach benötigen wir zur vollständigen Versorgung rd. 3.000 Kita-Plätze mehr, als wir bislang in den Planungen hatten. Auch die Kinder geflüchteter Menschen müssen in die Regelversorgung mit einbezogen werden.

Weil der Fachkräftemangel im Erziehungswesen aber absehbar anhalten wird, ist auch bei hohem Ausbau-Tempo kein vollständiges Schließen der Betreuungslücke in Sicht. Diese schwierige Ausgangslage darf aber nicht dazu führen, die Mangellage zu akzeptieren. Kein Kind darf bis zur Einschulung ohne Förderung bleiben, kein Kind zurückgelassen werden! Vielmehr müssen alle Alternativen auf den Tisch, die bestehenden Strukturen vorübergehend flexibler zu gestalten, um jedem Kind pädagogische Förderung und das Lernen von anderen Kindern zukommen zu lassen.

Wir brauchen eine Übereinkunft mit den Beschäftigten bzw. ihren Vertretungen ebenso wie mit den Trägern, wie und unter welchen Rahmenbedingungen diese ehrgeizigen Ziele erreicht werden können. Dabei steht für uns fest: Keine Betreuung ist keine Alternative! Wir müssen das gemeinsam angehen und schaffen.

Der Parteitag unterstützt die diesbezüglichen Vorschläge der Senatorin für Kinder und Bildung und bittet Bürgerschaftsfraktion und Senat, auf die zügige Umsetzung folgender Punkte hinzuwirken:

1. Sofortmaßnahmen

- Vorhandene räumliche Kapazitäten müssen intensiver genutzt werden (Räume außerhalb der Betriebszeiten, Aufstockung einzelner Gruppen usw.). Es dürfen keine vorhandenen räumlichen Kapazitäten (insb. Mobilbauten) abgebaut werden.
- Alle Möglichkeiten der kurzfristigen Mobilisation zusätzlicher personeller Ressourcen (Aufstockung individueller Verträge, Mitarbeiter:innenwerbung, Einsatz von Menschen mit weiteren anderen beruflichen Hintergründen, Hilfskräfte) sind zu nutzen. Dazu gehört auch die verstärkte Nutzung zugewanderter qualifizierter Fachkräfte, deren im Ausland erworbene Qualifikation bei uns formal noch nicht anerkannt ist. Hier müssen schnell Lösungen gefunden werden, z.B. die Teilanerkennung für den Einsatz in bestimmten Tätigkeitsfeldern.
- Auf die Tagesmütter und –väter soll mit der Bitte zugegangen werden, ihre Betreuung quantitativ auszuweiten. Dabei sollen sie unterstützt werden.
- Vorhandene räumliche Kapazitäten, die derzeit nicht „ordentlich“ betrieben werden können, und zusätzlich mobilisierte räumliche Kapazitäten sollen mit niedrigschwelligen Angeboten bespielt werden („Soziales Lernen im Quartier“), die nicht den Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ersetzen, die aber Kindern ein regelmäßiges Betreuungsangebot für bis zu 9,5 Stunden in der Woche unterhalb der Betriebserlaubnis bieten.

- In Verhandlungen mit den Trägern und Gewerkschaften zu treten und gemeinsam mit ihnen auszuhandeln, wie diese Punkte umgesetzt werden.

55

2. Mittelfristig wirksame Maßnahmen, die jetzt starten müssen:

- Die Kita-Ausbauplanung muss konsequent an der Zahl der Kinder ausgerichtet werden, die noch nicht zur Schule gehen, dementsprechend sind die Ausbauziele nach oben zu korrigieren und die dafür notwendigen Ressourcen bereitzustellen.
- Wir müssen unsere Ausbildungsanstrengungen nochmals massiv ausweiten. Dafür müssen wir Schüler:innen schon früh für die Erziehungsberufe interessieren und über die Ausbildungsmöglichkeiten einschließlich ihrer Finanzierung informieren, die Ausbildungskapazitäten an den Bewerber:innenzahlen orientieren und Ausbildungsabbrüchen entgegenwirken.
- Wir müssen neue Formen der Ausbildung ausprobieren (z.B. PiA in Teilzeit oder Verkürzung der Regelausbildung etwa durch Wegfall des Anerkennungsjahres) und mehr Quereinstiegsmöglichkeiten, die auch modulweise Qualifizierung neben einer (Betreuungs-)Tätigkeit ermöglichen.
- Gewinnung zusätzlicher Tageseltern

60

65

70

Der Parteitag fordert den Senat auf, zur Realisierung unseres Ziels, jedem Kind einen Platz anzubieten, mit Gewerkschaften und Trägern der Kindertagesbetreuung mit dem Ziel einer Übereinkunft in Verhandlungen einzutreten.

Wohnortnahe und hochwertige medizinische Versorgung in Bremen gewährleisten, Zukunft der Gesundheit Nord in städtischer Hand und mit Tarifbindung sichern!

Das oberste Ziel sozialdemokratischer Krankenhauspolitik ist eine hervorragende wohnortnahe medizinische Versorgung aller Bremer:innen sowie die Gewährleistung guter Arbeit für die Beschäftigten in den Krankenhäusern. Im Rahmen einer insgesamt qualitativ hochwertig aufgestellten Bremer Krankenhauslandschaft spielen die in der GeNo zusammengesetzten kommunalen Krankenhäuser für diese Ziele auch künftig eine unverzichtbare Rolle. Die SPD Bremen-Stadt bekennt sich deshalb zur Sicherung der GeNo in kommunaler Trägerschaft und mit Tarifbindung. Dazu muss die gesamte Krankenhauslandschaft, im Besonderen aber die GeNo, auf eine dauerhaft tragfähige wirtschaftliche und finanzielle Grundlage gestellt werden.

Der Parteitag begrüßt, dass zur Überarbeitung der Landeskrankenhausplanung derzeit alle Bremer Krankenhäuser Gespräche führen mit dem Ziel einer breit getragenen, einvernehmlich entwickelten Arbeitsteilung und Schwerpunktsetzung. Weil die Qualität der Versorgung üblicherweise steigt, wenn Schwerpunkte gebildet und Kompetenzen gebündelt werden, spricht sich die SPD Bremen-Stadt für eine Arbeitsteilung nach dem Grundsatz „Stärken stärken“ aus, um die Qualität der medizinischen Versorgung im Land Bremen weiter zu steigern.

Neben den gebündelten jeweiligen Schwerpunktangeboten ist auch eine für Bremer und Bremerinnen gut erreichbare Grund-, Regel – und Notfallversorgung anzubieten. Bei der Bewertung sind Faktoren wie demografische Entwicklung in den Bezirken und angrenzenden niedersächsischen Wohngebieten, der Bedarf der Bevölkerung, Mindestmengen, Geflüchtete, Patientenströme und neue Herausforderungen durch Pandemien, neue Krankheitsbilder wie Long Covid, Klimagefahren und Katastrophensituationen zu berücksichtigen. Bei den wirtschaftlichen Analysen gilt es alle betriebswirtschaftlichen Kennziffern der einzelnen Geno-Kliniken sowie die volkswirtschaftlichen Auswirkungen für das Land Bremen einzubeziehen und zu beurteilen.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 02. Juli 2022	2022	A30
--	-------------	------------

Im Anschluss an diesen Prozess beabsichtigt der Senat, ein zweites Gutachten bezogen auf die Entwicklung der Standorte der GeNo einzuholen. Dabei steht die künftige Rolle des Klinikums Links der Weser wegen der hohen baulichen Investitionsbedarfe besonders im Fokus. Die SPD Bremen-Stadt setzt sich dafür ein, auf Basis des Grundsatzes „Stärken stärken“ und unter Voraussetzung einer schwarzen Null im GeNo-Konzern, möglichst alle Standorte zu erhalten. Der Parteitag fordert weiter, dass die Ergebnisse des Gutachtens vor Entscheidung in einem gesamtstädtischen Diskussionsprozess unter Einbeziehung der Ergebnisse des Runden Tisches in Obervieland bewertet werden und eine Vorwegnahme struktureller Entscheidungen nicht erfolgt. Neben den stationären Versorgungsbedarfen sind auch ambulante Versorgungslücken und die künftigen Potenziale von Krankenhausstandorten in diesem Bereich zu betrachten.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 02. Juli 2022	2022	A31
--	-------------	------------

Fahrradpremiumroute (Abschnitt in Gröpelingen) über den Mählandsweg

Der Senat und die SPD-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Fahrradpremiumroute D15 in Gröpelingen über den Mählandsweg und nicht über den Grünzug West geführt wird.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 02. Juli 2022	2022	A32
--	-------------	------------

Der Landesparteitag möge beschließen

Kostenlose Hygiene-Artikel für Schülerinnen im Land Bremen!

5 Bremen soll in allen allgemeinbildenden Schulen, Berufsschulen und Hochschulen kostenlose Hygiene-Artikel und mehrsprachiges Informationsmaterial zum Thema Menstruation zur Verfügung stellen.

Der Landesparteitag möge beschließen

Bremen als Modellkommune für Gendermedizin

Gendermedizin als personalisierte Medizin zum Wohl von Menschen aller Geschlechter
5 muss in der Aus-, Fort- und Weiterbildung und der täglichen Arbeit aller Gesundheits-
berufe etabliert werden. Gendermedizinische Herangehensweisen müssen in For-
schung, Lehre, Prävention, Diagnostik, Behandlung und Nachsorge zur Selbstverständ-
lichkeit werden.

Bremen soll die landesspezifischen Ausgestaltungsmöglichkeiten in einem Landesakti-
10 onsplan Gendermedizin mit Blick auf die folgenden Punkte prüfen:

- Koordinierung und Teilnahme an Forschungsprojekten für genderspezifische
Medizin und Pharmazie und Kooperation mit dem Gesundheitscampus der
Hochschule Bremen, dem BIPS und dem Fachbereich 11 der Universität Bremen
und den dort ansässigen Instituten,
- 15 • fachliche Weiterbildung von Ärzteschaft und Pflegepersonal,
- Einrichtung einer Ambulanz für Gendermedizin, die Sprechstunden für gen-
dermedizinische Fragestellungen anbietet und genderspezifische Präventions-
maßnahmen bereitstellt und
- Erarbeitung, Einführung und Evaluation von genderspezifischen Standards im
20 Hinblick auf Prävention, Diagnostik, Therapie und Rehabilitation für alle Berufe
im Gesundheitswesen.
- Die geschlechtergerechte Erprobung eines Medikaments soll Voraussetzung für
dessen Zulassung sein. Ein möglicher Weg sind zusätzliche Studien speziell für
Frauen. Der Problematik von möglichen Schädigungen des Erbguts kann durch
25 das Einfrieren von Eizellen vor der Teilnahme an der Medikamentenstudie be-
gegnet werden.

- Überarbeitung von Ausbildungsrahmenplänen und Lernzielkatalogen und Anpassung der medizinischen Leitlinien durch die zuständigen Fachgremien.
- 30 • Systematische Verankerung der gendermedizinischen Inhalte für alle Facharztgebiete in der Weiterbildungsordnung für Ärzt:innen durch die Ärztekammer Bremen.
- Erstellung eines Gesundheitsberichts für Bremen unter Berücksichtigung von Männergesundheit und Frauengesundheit, der datenbasiert geschlechtsspezifische Faktoren in der Gesundheitsversorgung darstellt.
- 35 • Beachtung von Genderaspekten als Grundlage für Finanzierung von Forschung, Auftragsvergabe und Gesundheitskampagnen.
- Parität in Führungspositionen im Gesundheitssystem
- Einrichtung eines Runden Tisches zum Thema Gendermedizin.
- Somit Etablierung Bremens als Modellkommune in der Gendermedizin.

40

Der Landesparteitag möge beschließen

Pflegende Erwerbstätige unterstützen – Diskriminierung verhindern

Der Parteitag bittet Bürgerschaftsfraktion, Senat, Bundestagsfraktion und Bundesregierung auf folgende Maßnahmen zur Unterstützung pflegender Erwerbstätiger hinzuwirken

- Information und Beratung: Gerade Pflegende, die unvorbereitet in diese Lage gekommen sind, finden sich schwer im Unterstützungssystem zurecht. Viele Angebote etwa in der Entlastungspflege sind nicht allgemein bekannt. Deshalb sind niedrigschwellige Angebote zur Information und Beratung wichtig. Eine besondere Rolle spielen hier die Hausarztpraxen, bei denen die Pflegestützpunkte ihre Beratungsangebote flächendeckend und mehrsprachig vorstellen sollten.
- Unternehmenskultur: Auch müssen die Arbeitgeber:innen besser informiert und sensibilisiert werden. Ziel ist die Schaffung einer pflegesensiblen Unternehmenskultur, zu deren Entwicklung auch die Kammern und geeignete Beratungs- und Beschwerdestellen beitragen müssen. Auf betrieblicher Ebene gibt es zahlreiche Handlungsfelder wie die Führungskräftefortbildung, die Bereitstellung von Informationen in den Personalbüros, Maßnahmen zur Netzwerkbildung und zum Austausch von pflegenden Beschäftigten und Maßnahmen zur Verbesserung von Arbeitszeitregelungen und Arbeitsorganisation bis hin zum Abschluss von Dienstvereinbarungen und Tarifverträgen.
- **Kurzzeitpflege**: Eine wichtige Funktion bei der Entlastung der pflegenden Angehörigen und Zugehörigen haben Kurzzeitpflegeplätze, die in ausreichender Zahl, guter Qualität und möglichst wohnortnah zur Verfügung stehen müssen.

- **Rentenansprüche:** Die Anspruchsvoraussetzungen für die Anrechnung der Pflegeleistung bei der Rente, insbesondere die Begrenzung der Arbeitszeit auf 30 Stunden, sind zu verbessern.
- Tagesförderstätten: Tagesförderstätten sind Einrichtungen der sozialen Teilhabe für Menschen mit kognitiven Einschränkungen, die keinen Anspruch auf eine Beschäftigung in einer Werkstatt für behinderte Menschen haben. Zu prüfen ist, ob die bestehenden Angebote bedarfsdeckend sind und die sozialräumliche Verteilung über das Stadtgebiet angemessen ist.
- Intensivpflege: Die wettbewerbsorganisierten Pflegedienste lehnen Intensivpflege in der Regel ab. Für die Probleme der Intensiv- und der Palliativpflege müssen ggf. in Zusammenarbeit mit der GENO neue, flexible Lösungen gefunden werden.
- Familienpflegezeit: Während das Elterngeld als Einkommensersatz gezahlt wird, wird bisher in der Familienpflegezeit nur ein Darlehen gezahlt. Die Familienpflegezeit muss zu einer Lohnersatzleistung weiterentwickelt und bekannter gemacht werden.
- Rechtliche Regelungen: Für Pflegeleistende gibt es keinen Rechtsanspruch auf Home-Office-Regelungen oder andere Formen des zeit- und ortsflexiblen Arbeitens. Es gibt keinen Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit, und in kleineren Unternehmen besteht nicht einmal der Anspruch auf Freistellung während der Pflegezeit oder Familienpflegezeit. Auch der Kündigungsschutz für pflegende Angehörige muss verbessert werden. In vielen gesetzlichen Bereichen wird zudem noch von einem veralteten Familienbegriff ausgegangen, so dass anrechenbare Pflegezeiten etwa im Wissenschaftszeitvertragsgesetz auf die Pflege von „Angehörigen“ beschränkt werden. Patchwork- und Regenbogenfamilien, aber auch unverheiratet Lebende werden so ausgeschlossen. Hier besteht in vielen Bereichen Handlungsbedarf.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 02. Juli 2022	2022	A37
--	-------------	------------

Der Landesparteitag möge beschließen

Anerkennung der traditionell ausgebildeten Hebammen gewährleisten!

5 Bremen kann auf berufserfahrene Hebammen nicht verzichten. Jede einzelne Hebamme wird gebraucht. Der Senat muss daher noch in dieser Legislaturperiode eine gesundheitspolitisch für die Hebammen akzeptable Lösung für die Anerkennung der bestehenden Berufsqualifikationen und Nachqualifizierung der traditionell ausgebildeten Hebammen vorlegen und umsetzen.

Der Landesparteitag möge beschließen

Pflege: Genug geklatscht – wir werden handeln!

Die SPD Bremen-Stadt fordert die schrittweise Einführung einer 30-Stunden-Woche in
5 der Pflege, vorzugsweise als 4-Tage-Woche, bei vollem Lohnausgleich für alle Pflege-
kräfte. In einem ersten Schritt sind weitere Tarifabschlüsse über 35-Stunden-Wochen
zu erzielen und zu refinanzieren.

Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen muss neben diesen Maßnahmen auch Per-
sonaluntergrenzen in allen Bereichen der Krankenhäuser beinhalten. Das ermöglicht
10 auch einen wirksameren Schutz gegen Gewalt.

Das Land Bremen muss sich auf Bundesebene für diese Eckpunkte mit Gültigkeit für alle
stationären und ambulanten Pflegeleistungen unabhängig von ihrer Trägerschaft ein-
setzen

Der Landesparteitag möge beschließen

Der Bundesparteitag möge beschließen

Diskriminierung von Fürsorgeleistenden im AGG berücksichtigen!

- 5 Im Kontext von Schwangerschaft, Elternzeit und Pflege von Angehörigen machen fürsorgeleistende Erwerbstätige aller Geschlechter zahlreiche Diskriminierungserfahrungen („caregiver discrimination“) in Form von sozialer Herabwürdigung ebenso wie materieller Benachteiligung. In den verschiedenen Phasen der Fürsorgearbeit dominieren unterschiedliche Ausprägungen von Diskriminierungen.
- 10 Bei der anstehenden Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) soll deshalb die Merkmalskataloge im AGG um das Merkmal „familiäre Fürsorgeverantwortung“ ergänzt werden. Neben einer juristischen Handhabe im Diskriminierungsfall zielt diese Ergänzung in erster Linie darauf, das gesellschaftliche Problembewusstsein zu erhöhen und die Kultur in den Betrieben nachhaltig zu beeinflussen.

Mindestabstände vereinheitlichen – Standards setzen.

Wir fordern Senat und Bürgerschaft auf, sich nach Inkrafttreten des Bremischen „Gesetzes zur Anpassung spielhallenrechtlicher und glücksspielrechtlicher Anpassungen an den Glücksspielstaatsvertrag 2021“ auf nationaler, mindestens aber norddeutscher, Ebene dafür einzusetzen, dass die darin neu geregelten Mindestabstände von stationären Glücksspielangeboten länderübergreifend vereinheitlicht werden. Dabei ist darauf zu achten, dass eine Einigung keine Verschlechterung zu den neu gefassten Mindestabständen im Bundesland Bremen darstellen.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 02. Juli 2022	2022	A41
--	-------------	------------

Export Plastikmüll verbieten

In Bremen angefallenen Plastikabfälle sollen nicht mehr ins Ausland exportiert werden, sondern in Deutschland recycelt werden.

**Schieneinfrastruktur und Schienenverkehr in der Region Bremen zugunsten
von Menschen, Klima und Wirtschaft ausbauen**

5 Der Parteitag bittet

1) die SPD-Bürgerschaftsfraktion den von der DB Netz AG jährlich unter Beteili-
gung der Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen/Bremen (LNVG) organi-
sierten parlamentarischen Austausch zu reaktivieren, um die Interessen in der
Region Bremen an einem starken Personen- und Schienengüterverkehr zugun-
10 sten von Klima, Pendler*innen und Wirtschaft zielgerichteter verfolgen und un-
terstützen zu können. Um den Austausch und die Zusammenarbeit mit Nieder-
sachsen zu vertiefen, sollen auch niedersächsische Abgeordnete eingeladen
werden.

Bei dem Austausch sollen DB Netz AG und LNVG über den Stand der Ausbau-
15 maßnahmen und den Arbeitsfortschritt berichten und den Parlamentariern aus
Bremen und Niedersachsen Gelegenheit zur Konsultation geben. Dem AK Kli-
maschutz möge eine informelle Teilnahme ermöglicht werden.

2) die SPD-Bürgerschaftsfraktion und den Senat sich für einen zeitnahen Aus- und
Umbau sowohl der Schienen-Infrastruktur als auch die Verbesserung der Tak-
20 tung einzusetzen und wirksam nachzuverfolgen. Dabei sollen zusätzliche Kapa-
zitäten und bessere Qualität angeboten werden, insbesondere durch zusätzliche
Gleise, Erneuerung und Einbau zusätzlicher Weichen, barrierefreie sowie neue
Haltepunkte, zeitnahe Umsetzung des Deutschlandtaktes auf den Bremen an-
bindenden Strecken sowie Entlastung des Knotens Bremen durch Güter-
25 Umgehungsstrecken, Verbesserung von Umsteigebeziehungen durch Nutzung
digitaler Fahrplanpotenziale, einheitliche Mobilitäts-App mit umfangreicher
Verkehrsmittelabdeckung.

- 30 3) die SPD-Bürgerschaftsfraktion und den Senat den Zustand der Schienen-
Brückeninfrastruktur und notwendige Unterhaltungsschritte zu erfragen, auf
den Bremen anbindenden Strecken und welche Auswirkungen daraus für den
Schienenverkehr resultieren.
- 35 4) die SPD-Bürgerschaftsfraktion und den Senat sich auf Bundesebene dafür ein-
zusetzen und entsprechende Anträge einzubringen, dass Schienenaus- und -
umbaumaßnahmen signifikant beschleunigt umgesetzt und Regularien wirk-
sam vereinfacht werden, ähnlich wie es der Koalitionsvertrag (Bund) vorsieht.
- 5) der Unterbezirksvorstand den Antrag gleichlautend auf dem nächsten Landes-
parteitag einzubringen

Wärmewende mit Nahwärme in genossenschaftlicher oder kommunaler Trägerschaft fördern und entwickeln

- 1) Der Parteitag fordert die SPD-Bürgerschaftsfraktion und den Bremer Senat auf, auch die Wärmewende in Bremen voranzubringen und eine umfassende kommunalen Wärmeplanung wie im Abschlussbericht der Enquetekommission „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“ formuliert schnellstmöglich vorzulegen.
- 2) Außerdem werden die SPD-Bürgerschaftsfraktion und der Bremer Senat aufgefordert zu prüfen, ob ergänzend auch Niedertemperatur-Mikro-Nahwärmenetze unterstützt werden können.
- 3) Zusätzlich soll dabei geprüft werden, ob und wie kommunale Träger oder private Unternehmen im Auftrag der Stadt eine Niedertemperatur-Wärmeversorgung mit Erdwärmepumpen und entsprechender Versorgungsleitungen in Straßenzügen als öffentliche Daseinsvorsorge bereitstellen können.

Klimapolitik – Verantwortung und Vorbildfunktion der SPD

- 1) Der Landesparteitag bittet den Landesvorstand, einen Bericht über die Klimaschutz-
bemühungen der SPD im Land Bremen als Organisation zu erstellen. Dabei sollen vor
5 allem der Wahlkampf und Veranstaltungen, aber auch die normale Arbeit der SPD Or-
ganisationen in Bremen betrachtet werden. Es wird gebeten den Bericht so aufzustel-
len, dass daraus ggf. weitere klimafreundliche Maßnahmen abgeleitet werden können.
- 2) Der Parteitag bittet den AK Klima Informationsmaterial zusammenzustellen, welche
allgemeinen, aber insbesondere auch speziell in Bremen verfügbaren Möglichkeiten be-
stehen als Einzelperson zur Emissionsreduzierung beizutragen und dieses in geeigneter
10 Weise bekannt zu machen, z. B. auf seiner Internetseite.
- 3) Der UB-Vorstand wird gebeten, den Antrag auf den nächsten Landesparteitag entspre-
chend für die Landesebene einzubringen.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 02. Juli 2022	2022	A46
--	-------------	------------

**„Bremen anders erleben“ - Alle Wohnstraßen für Straßenfeste, Nachbarschafts-
schnack, Flohmärkte, Sport auf der Straße etc. freigeben**

Der Parteitag bittet Bürgerschaftsfraktion und Senat an einem einheitlichen Tag (z.B. einen Sonntag 9-18 Uhr, etwa am Tag der Nachbarschaften oder zur „StraßenSpielAk-
5 tion“ im Rahmen der EUROPEANMOBILITYWEEK) alle Wohnstraßen auf Antrag gebüh-
renfrei für Straßenfeste, Sport etc. freizugeben sowie die Akzeptanz dieser Maßnahme
auszuwerten.

Digitalisierung für die Arbeit der Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise nutzbar machen!

Die langfristigen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf nationaler, europäischer und globaler Ebene sind selbst über zwei Jahre nach Ausbruch der Viruserkrankung noch nicht in vollem Umfang abzuschätzen. Die Pandemie hat in kurzer Zeit und auf vielfältige Weise alle Lebensbereiche beeinflusst, so u.a. auch die ehrenamtliche Arbeit in Parteien und Verbänden. Wir haben gelernt, mit neuen Organisations- und Kommunikationsformen und Technologien unsere ehrenamtliche Arbeit unter Einhaltung verschiedenster Corona-Verordnungen zu erledigen.

10 Diese positiven Erfahrungen und Impulse sollen mitgenommen werden, um die Diversität und Heterogenität aller Aktiven und Interessierten zu berücksichtigen und unsere ehrenamtliche Arbeit für jede:n Einzelne:n einfacher zu gestalten.

Um diesen Entwicklungen gerecht zu werden, bedarf es:

- einer sicheren Cloudlösung für jede AG und jeden AK mit individuellem Bereich;
- einer verlässlichen und flexiblen Videokonferenz-Lösung, die auch außerhalb von Büro-Öffnungszeiten zugänglich ist;
- Information, Beratung und Unterstützung auch der AGs / AKs für ihre Social-Media-Aktivitäten und Internetpräsenz.

20 Jede AG und jeder AK bekommt einen individuellen Bereich in der SPD-Bremen-Cloud mit ausreichendem Speicherplatz, die frei nutzbar und verwaltbar ist.

Es ist eines sicher: Eine breite Beteiligung und erleichterte Teilhabe an Prozessen und Entscheidungen schaffen ein Gemeinschaftsgefühl innerhalb der AG und AK und der Identifikation mit der SPD Bremen.

Neues Verfahren für die Einladung zum Brustkrebs-Screening einführen!

Gegenwärtig erhalten alle Frauen im festgesetzten Alter eine offizielle Einladung zur Teilnahme am Brustkrebs-Screening durch das Gesundheitsamt. Die Einladung kann zwar für die weiteren Jahre abgelehnt werden, wenn die betroffenen Frauen aktiv widersprechen. Aber der offizielle Charakter des Schreibens legt vielen Frauen, gerade auch solchen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, nahe, dass es sich um eine staatlich empfohlene Vorsorgemaßnahme handelt.

Tatsächlich fehlen jedoch wissenschaftliche Beweise, dass das Brustkrebs-Screening eine geeignete Präventionsmaßnahme ist. Einige Studien weisen dagegen auf die Risiken von Übertherapien gerade bei älteren Frauen.

Das Einladungsverfahren sollte daher aus der staatlichen Verantwortung des Gesundheitsamts in die Hände der niedergelassenen Gynäkologinnen und Gynäkologen übergehen und mit einem Beratungsangebot verbunden werden.

**Flächendeckende Einführung des Faches Informatik an den weiterführenden Schulen
im Land Bremen**

- 5 1. Die kurzfristige Durchführung eines Schulversuches zur verbindlichen Einführung des Faches Informatik von Jahrgang fünf – zehn an ca. zehn ausgewählten weiterführenden Schulen Bremens und Bremerhavens. Die Fachdidaktik der Universität Oldenburg hat Erfahrung in der Begleitung solcher Versuche und hierfür bereits Unterstützung in Form von wissenschaftlicher Begleitung signalisiert.
- 10 2. Die mittelfristig verbindliche Einführung des Faches Informatik in der Sekundarstufe I an den weiterführenden Schulen im Land Bremen.
3. Die Einführung des Lehramtsstudiengangs Informatik für die Sekundarstufe I und II.
- 15 4. Die Etablierung der Professur Didaktik der Informatik an der Universität Bremen gemäß Koalitionsvertrag.